

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Waagen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage  
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

**Erscheinungsweise:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.  
**Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 33.50, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 35.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 105.— mit Zustellungsgebühr.  
Alle Postanstalten, Volksboten, sowie Zeitungsausträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postfach-Konto:** Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeinde-Verbands-Kasse Bischofswerda Konto Nr. 64.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezüge keine Ansprüche auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis:** Die gespaltene Grundzeile (Zim. Mofse 14) oder deren Raum 5.— Mk., dreifache Anzeigen 4.— Mk. Im Textzeile (Zim. Mofse 14) 14.— Mk., die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Umliche Anzeigen die gespaltene Zeile, 10.— Mk. — für bestimmte Tage oder Wöche wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 203.

Donnerstag, den 31. August 1922.

76. Jahrgang.

## Die Differenzen in der Reparationskommission.

### Ein entscheidungsschwerer Tag.

Wenn nicht alles trägt, wird sich der heutige Mittwoch wohlpolitisch als sehr bedeutsam erweisen. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reparationskommission haben sich bisher auch nicht annähernd ausgleichen lassen. Scherff steht die englische Ansicht, wonach bis zum Ende des Jahres Zahlungsaufschub ohne neue Bedingungen gewährt werden soll, dem französischen Standpunkt gegenüber, der kein Moratorium ohne „produktive Fäden“ will. Die Londoner „Times“ warnen Poincaré in scharfen Worten vor einem „völligen Bruch“ mit England, der aus einem Konflikt in der Reparationskommission entstehen müsse. Lord George hatte gestern den Kabinettsrat einberufen, der sich mit der Reparationsfrage befaßte. Bradburns Hinweis auf die schweren sozialen und politischen Folgen, die seiner Ansicht nach eintreten müßten, falls Zwangsmaßnahmen oder zu weitgehende Kontrollmaßnahmen gegen Deutschland zur Anwendung kämen, machte auf das englische Kabinet starken Eindruck. Poincaré hat zum Donnerstag sein Kabinet zusammenberufen, das zur Entscheidung der Reparationskommission Stellung nehmen soll.

Anzweifelhaft hat der Appell des Gouverneurs Cox an das amerikanische Volk bei der Washingtoner Regierung einen starken Widerhall gefunden, der sich bereits zu einer Stellungnahme verdichtete. In einem Exposé, das sich in der Hauptsache an Frankreich richtet, werden unverblümt zunächst einmal die Abstrichung und eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage verlangt, ehe Amerika eintritt.

Staatssekretär Schröder, der deutsche Vertreter bei der Reparationskommission, ist nach Paris abgereist. In der Kabinettsitzung am Dienstag wurde noch einmal das Reparationsproblem besprochen und das Memorandum für die Reparationskommission fertiggestellt.

Der Reichsanwalt empfing am Dienstag um die Mittagsstunde die Vertreter der Kohlen- und Holzindustrie, mit denen er eingehende Rücksprache über die Durchführung der Holz- und Kohlenlieferungen an Frankreich, auf dem Wege der privaten Lieferungsverträge nahm. Einige der Industrieführer sollen als Sachverständige an den Verhandlungen der Reparationskommission in Paris teilnehmen. Für heute nachmittags war eine Besprechung mit den Vertretern der Bergarbeiterverbände angesetzt. Sie soll der Feststellung aller Möglichkeiten dienen, die sich aus der geistigen Förderung in Folge des Überflutensabkommens ergeben. In diese Konferenz wird sich eine neuerliche Besprechung des Reichsanwalts mit den Vertretern der Kohlen- und Holzindustrie anschließen. An der Ausprache zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Industrie nehmen u. a. Stinnes, Kirckhoff und Ködner teil.

Eine halbamtliche Medium berichtet: Berlin, 29. August. (Draht.) In weiterer Verfolgung des der Reparationskommission unterbreiteten Planes einer Sicherung der Holz- und Kohlenlieferungen an die Alliierten durch Lieferungsverträge mit den entsprechenden deutschen Industrien hat heute die Reichsregierung mit Vertretern des Kohlenbergbaues und der Holzindustrie verhandelt. Die Vertreter des Kohlenbergbaues erklärten sich damit einverstanden, alsbald zusammen mit der Reichsregierung in Verhandlungen über den Abschluß privatwirtschaftlicher Lieferungsverträge einzutreten. Als Unterhändler für den Kohlenbergbau wurden Hugo Stinnes, Peter Kirckhoff, Dr. Silberberg und Direktor Lüben genannt. Ähnliche Verhandlungen über die Holzlieferungen sollen sich unmittelbar anschließen. Eine Besprechung mit den maßgebenden Vertretern der Bergarbeiterverbände und mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter erag gleichfalls die grundsätzliche Bereitschaft der Arbeiterorganisationen, an der Durchführung der Lieferungsverträge mitzuwirken. Die Reichsregierung hat von dem Ergebnis der heutigen Besprechungen ihren nach Paris zur Verhandlung mit der Reparationskommission entsandten Vertreter telegraphisch unterrichtet.

### „Noch nicht alle Hoffnungen geschwunden“.

Paris, 30. August. (Draht.) Die Sitzung der Reparationskommission, an der als Vertreter Deutschlands der Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium teilnimmt, findet heute vormittag 11 Uhr statt.

Wie der „Temps“ meldet, haben heute verschiedene private Besprechungen der Delegierten der Reparationskommission stattgefunden, in denen die gemachten Anregungen ge-

prüft wurden. Einigen dieser Unterredungen habe der offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten beigewohnt. Es seien verschiedene Lösungen ins Auge gefaßt worden, die doch, wie sich ergab, nicht geeignet sind, die Grundzüge mit einander zu versöhnen, die bisher einander gegenüber stehen. Es scheint aber noch nicht jede Hoffnung auf Einigung geschwunden zu sein. Wenn man u. B. von den alliierten Regierungen die Zustimmung dazu erhalten könnte, daß auf der einen Seite Deutschland sofort ein außerordentlich hartes System auferlegt werde, um seine Finanzen wieder zur Gesundheit zu bringen, und die spätere Ableistung der Reparationen sicher zu stellen, auf der anderen Seite ein nur auf die Voraussetzungen anzuwendendes Moratorium gewährt werde, das lang genug sei, damit die vorgeschlagenen Maßnahmen ihre Wirkung zeigen könnten, dann könnte nach dem „Temps“ die Kommission einen einstimmigen Beschluß fassen.

### Englische Warnung an Frankreich.

London, 29. August. (B. L. B.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, der britische Delegierte bei der Reparationskommission, Bradburn, habe ihm Erklärungen abgegeben, in denen er ausführte, die Lage Deutschlands sei derart, daß die Alliierten verpflichtet seien, der deutschen Regierung ein gewisses Vertrauen und ein gewisses Wohlwollen zu erweisen und danach zu streben, zu Vereinbarungen zu gelangen, unter denen der deutsche Kredit wieder hergestellt werden wird. Die Folgen einer Fortsetzung von Verzögerungen im gegenwärtigen Augenblick über das Bestehen nach Garantien, die für Deutschland zu leisten unmöglich sein würden, sowie die Anwendung von Sanktionen zur Erzwingung solcher Zahlungen und Garantien werde nicht nur für Deutschland verhängnisvoll sein, sondern auch unmittelbare Wirkungen auf andere Länder haben.

Die „Times“ stellen in einem Leitartikel die Ansicht Bradburns und den Standpunkt der Franzosen einander gegenüber und schreiben, der Widerspruch zwischen beiden Ansichten sei vollkommen. Die Zeit für eine Entscheidung sei nach Stunden bemessen. Dabei würden die unmittelbaren und die entfernteren Ergebnisse eines völligen Bruchs zwischen England und Frankreich in einer solchen Frage so solidares sein, daß man, bevor sie zur Wirklichkeit würden, nicht an ihre Möglichkeit glauben könne.

Die „Times“ fragen, ob es denn keinen Weg gebe, der England und Frankreich vor einem solchen Unglück, wie einem offenen Konflikt in der Reparationskommission, bewahren könne. Das Blatt hofft, daß noch eine Regelung gefunden werden kann, sowohl für das unmittelbare Problem eines Moratoriums, als auch für das größere der Reparationen, die sowohl für Frankreich als auch für England annehmbar und für Deutschland nicht unerträglich sei.

### Amerikas Bedingungen.

Amsterdam, 29. August. Aus London wird gemeldet: Die entscheidende Frage, ob Amerika sein Jögern aufgibt und mit seinen finanziellen Mitteln in die europäische Krise eingreift, wird heute ausführlich des von Gouverneur Cox an das amerikanische Volk gerichteten Appells beantwortet. Der New Yorker Berichterstatter des „Daily Express“ faßt als die Ansicht der Washingtoner Regierung folgende Punkte zusammen: „Frankreich hält die Schlüssel für das europäische Gleichgewicht in Händen. Die Grundbedingungen Amerikas sind:

- Herabsetzung der Landsteuern,
  - Ausgleich der Budgets,
  - Wesentliche Regelung der Reparationsforderungen.
- Bevor diese Bedingungen erfüllt sind, würde es für Amerika zwecklos sein, irgendeinen fröhlichen Schritt zur Unterstützung Europas zu versuchen. Wenn die Bedingungen aber erfüllt seien, würde Hoover oder irgendeine andere Persönlichkeit, die der Präsident bestimmt, gern an einer Konferenz der europäischen Mächte teilnehmen, die das Ziel verfolgt, die alte Welt auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu stellen.“

### Die Leipziger Prozesse.

Eine Note der Völkervereinigung gegen die Urteile des Reichsgerichts.  
Dem deutschen Völkervereinigung in Paris ist eine von Poincaré geleitete Note der Völkervereinigung in der „Kriegsver-

brecher“frage zugegangen, in der die alliierten Regierungen auf ihr Schreiben vom 7. Mai 1920 zurückkommen, mittels dessen sie der deutschen Regierung eine erste Liste mit den Namen von 45 Angeklagten zur Aburteilung haben ausgeben lassen. Nach der Ansicht der alliierten Mächte hat die deutsche Regierung nicht mit der nötigen Eile diese Prozesse gefördert. Sie habe keine genügenden Anstrengungen zur Ergründung der Wahrheit gemacht. Der Gerichtshof habe insofern verurteilt, als gewisse Angeklagte freigesprochen worden sind, die hätten verurteilt werden müssen, und als die verhängten Strafen in den anderen Fällen unzureichend wären. Leider habe der deutsche Reichsanwalt in seiner Erklärung vom 26. Januar 1922 im Reichstag in dieser Frage dieselbe ablehnende Haltung eingenommen wie seine Vorgänger. „Unter diesen Umständen“ heißt es wörtlich weiter, „sind die alliierten Regierungen angehalten, die Strafverfahren und der Urteile der Meinung, daß die deutsche Regierung ihre Zusage, sachliche und legale Justiz zu üben, nicht gehalten hat. Sie erklären, von jetzt ab die deutsche Strafverfolgung der vor dem Leipziger Gerichtshof bisher nicht ergriffenen Beschuldigten völlig außer Betracht zu lassen. Sie nehmen insofern alle ihnen kraft des Vertrages gegenwärtig und zukünftig zustehenden Rechte wieder auf oder behalten sie sich vor. Insbesondere behalten sie es sich vor, selbst nötigenfalls im Abwesenheitsverfahren die Kriegsbeschuldigten zu verfolgen.“

### Die Teuerungsmassnahmen.

#### Eine Konferenz der Ernährungsminister in Hamburg.

Da die am Montag stattgehabte Konferenz der Ministerpräsidenten und Innenminister in Berlin über die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Teuerung nicht in allen Punkten zu reiflicher Klarheit geführt hat, infolgedessen als verschiedene Schwierigkeiten zur Sprache kamen, die nach Ansicht der maßgebenden Kreise allen zu scharfen Maßnahmen gegen die Teuerung im Wege stehen, werden sich die Ernährungsminister der einzelnen Länder am Mittwoch in Hamburg zu einer weiteren Beratung treffen. Auch sollen die Parteiführer am Donnerstag um 6 Uhr abends zu einer Aussprache in die Reichstagskammer gebeten werden. Über das Ergebnis der Berliner Beratungen wird bisher strengste Vertraulichkeit bewahrt, gleichzeitig aber betont, daß sie die völlige Einmütigkeit geseitigt habe.

Die freien Gewerkschaften haben den Vorstand der Arbeiterkammer Internationale gebeten, eine internationale Aktion der Arbeiterparteien in die Wege zu setzen, ein Schritt, von dem sich die christlichen Gewerkschaften nicht viel versprechen. Sie sind der Ansicht, daß die Regierung durch Preisverordnungen das sprunghafte Emporkommen der Lebensmittelpreise wohl unterbinden könne. Die Kommunisten planen eine selbständige Aktion mit Hilfe der gesamten Berliner Betriebsräte, die wohl auf eine Kontrolle der Betriebe und des Warenverkehrs durch die Betriebsräte hinauslaufen wird.

Im ganzen muß gesagt werden, daß vorläufig alles noch in Ordnung ist, und daß von praktischen und wirklichen durchgreifenden Maßnahmen gegen die Teuerung bisher noch keine Rede sein kann.

### Abkehr der sächsischen Demokraten von der Erfüllungspolitik.

Der sächsische demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. R. J. Wittau veröffentlicht in der „Sächsischen demokratischen Korrespondenz“ einen Artikel unter der Überschrift: „Der deutsche Tragedie vierter Art“, in dem er zum Schluß zu einer entschiedenen Abkehr von der bisher von den Demokraten stark betriebenen Erfüllungspolitik kommt. Er tut dies mit folgenden Ausführungen:

„Habt endlich den Mut, das deutsche Problem als Weltproblem anzufassen und aufzulösen. Die Dinge liegen jetzt anders als in Versailles und zur Zeit des Londoner Ultimatum. Das „Bis hierher und nicht weiter“ eines deutschen Volkes, das bis über die Grenze seiner Leistungsfähigkeit hinaus den Versuch der Erfüllung gemacht hat, wird heute im Innern und nach außen einen anderen Widerhall finden, als in den Tagen von Versailles. Von einer Solidarität der Entente ist nicht mehr die Rede; diesen gemäßigten Erfolg (?) darf die sogenannte Erfüllungspolitik für sich buchen. Steht England, Italien, Belgien und auch Amerika vor die eigene Schicksalsfrage, ob sie Frankreich die „Alleinige Handlungsfreiheit“ in der Welt zugeben wollen, zwingt sie zu der „Erkenntnis“ der eigenen Verirrtheit, zwingt sie zu der Entscheidung, ob sie Europa als Kultur- u. Wirtschaftszentrum und damit ihre eigene Existenz in Deutschland schützen wollen, wenn die Germanen untergeben.“ Am „guten Willen“ hat Deutschland es jetzt dem